

URGENT ACTIONS

Landrechtsaktivist*innen schützen!

Honduras

Garífuna-Aktivist*innen auf den Cayos-Cochinos-Inseln

28. September 2026

Auf der Inselgruppe Cayos Cochinos leben Menschen des indigenen Volkes der Garífuna. Einige von ihnen protestieren seit dem 14. September friedlich gegen Filmaufnahmen für eine Reality-Show auf ihrem Land. Deshalb könnten sie von dort vertrieben werden. Gegen elf Personen soll außerdem Anklage erhoben werden. Die Behörden werfen ihnen vor, das Land unrechtmäßig zu besetzen.

Auf den Cayos-Cochinos-Inseln droht Garífuna-Aktivist*innen die Vertreibung, weil sie friedlich ihr Land verteidigen. Bereits am 16. September kam die Polizei mit einer großen Gruppe per Boot, um das Protestlager der Indigenen „vorsorglich“ zu räumen. Außerdem sollen elf Menschenrechtsverteidiger*innen wegen Landbesetzung angeklagt werden.

Zwei Tage zuvor hatten rund 40 Garífuna-Aktivist*innen der Organisation OFRANEH ein Protestlager in Playa Uva errichtet. Sie protestieren gegen die Dreharbeiten für eine Reality-Show. Die Sendung bedroht ihre Existenz, weil die Menschen auf ihrem eigenen Land nicht mehr fischen gehen können. Zudem schaden die Aufnahmen der Natur. Seit dem Start des Protests kontrolliert die Polizei das Lager der Aktivist*innen immer wieder wegen angeblichen Fehlverhaltens.

Der Räumungsbefehl verstößt gegen internationales Recht und ein Urteil des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs. Der Gerichtshof hat 2025 entschieden, dass man die betroffene Gemeinschaft vorher hätte fragen und um Erlaubnis für die Dreharbeiten bitten müssen. Honduras müsse die Räumung sofort stoppen und die Indigenen für bereits angerichteten Schaden entschädigen.

Diese Ereignisse zeigen, wie das indigene Volk der Garífuna bedroht und eingeschüchtert wird. Die Indigenen fordern lediglich ihr Recht auf ihr angestammtes Land und verlangen, dass vier Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs – wie das zu Cayos Cochinos – endlich umgesetzt werden.

Bitte schreiben Sie einen höflichen Protestbrief (E-Mail, Fax oder Luftpostbrief) mit folgenden Forderungen:

- Ich bitte Sie hiermit, den Räumungsbefehl sofort aufzuheben,
- Außerdem bitte ich darum, die strafrechtliche Verfolgung der Garífuna-Aktivist*innen von Cayos Cochinos zu beenden und dafür zu sorgen, dass das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs vollständig umgesetzt wird. Das Urteil gilt für alle Behörden in Honduras und muss beachtet werden.

Bitte schreiben Sie Ihre Protestbriefe möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder Deutsch. Schicken Sie eine Kopie an die Botschaft. Bitte verschicken Sie nach dem **4. November 2026** keine Protestbriefe mehr.

Schreiben Sie an den

Generalstaatsanwalt:

Pablo Emilio Reyes Theodore

Fiscal General

Lomas del Guijarro

Tegucigalpa, HONDURAS

(Anrede: Dear Attorney General / Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt)

E-Mail: fiscaliageneralhnd@gmail.com

Schicken Sie eine Kopie an:

Botschaft der Republik Honduras

I. E. Frau Sandra Yamileth Ponce Aguilera

Cuxhavener Straße 14

10555 Berlin

Fax: 030-397 49 709

E-Mail: embajadahonduras.de@gmail.com

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO

SozialBank AG . IBAN: DE23370205000008090100 . BIC: BFSWDE33XXX

AMNESTY
INTERNATIONAL



Sie können auch auf unserer Website bei dieser Aktion mitmachen. Dort finden Sie die fertigen Protestbriefe:
<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-actions>

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Brief International“, ob die Briefzustellung in das Zielland möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihr Protestschreiben bitte als E-Mail oder Fax. Papierbriefe können auch an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

Sie können auch auf Englisch schreiben:

- I urge you to immediately request the lift of the eviction order, to cease criminalization against Garifuna defenders of Cayos Cochinos, and to take all necessary measures to fully comply with the ruling of the Interamerican Court in their favour, that is binding for all Honduran authorities.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im September 2026 prangerte die honduranische Indigenenorganisation OFRANEH öffentlich an, dass die Angehörigen des indigenen Volkes der Garífuna auf der Inselgruppe Cayos Cochinos keinen Zugang zu ihrem Gebiet auf dem karibischen Archipel hatte, weil dort eine Reality-TV-Sendung gedreht wurde – und das trotz eines anderslautenden Urteils des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Es ist nicht das erste Mal, dass die Rechte der Garífuna durch Dreharbeiten auf ihrem angestammten Land beeinträchtigt werden.

In seinem am 20. November 2025 ergangenen Urteil zur Garífuna-Gemeinschaft von Cayos Cochinos stellte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte fest, dass Honduras zwar eine Reihe von Maßnahmen wie die Ausweisung des Cayos-Cochinos-Archipels als Meeresschutzgebiet und die Aufstellung entsprechender Bewirtschaftungspläne umgesetzt hatte, jedoch auch Fernsehaufnahmen genehmigt hatte, ohne dass zuvor ein Prozess zur vorherigen, freien und informierten Konsultation mit den Garífuna von Cayos Cochinos durchgeführt wurde. Der Gerichtshof stellte ferner fest, dass dies die Möglichkeit der Indigenen beeinträchtigt habe, ihrer traditionellen Lebensweise nachzugehen sowie ihre kulturelle und spirituelle Verbindung zum Meer und zu den natürlichen Ressourcen des Gebiets zu bewahren. Dies galt auch für die Kleinfischerei als Lebensgrundlage der Gemeinschaft. Der Gerichtshof ordnete mehrere Maßnahmen an, um eine Wiederholung zu verhindern und Abhilfe zu schaffen. Dazu gehörte die Verpflichtung, die wirksame Beteiligung der Garífuna an den verschiedenen Phasen des Bewirtschaftungsplans für das Meeresschutzgebiet des Cayos-Cochinos-Archipels sicherzustellen, sowie die Verpflichtung, eine vorherige, freie und informierte Konsultation durchzuführen, um die eventuelle Produktion von Reality-Shows zu ermöglichen. Der Gerichtshof wies den Staat außerdem an, die zwischen 2007 und 2024 eingegangenen Anzeigen zu Gewalttaten gegen Angehörige der Gemeinschaft zu untersuchen.

OFRANEH hat wiederholt angeprangert, dass Honduras den Urteilen des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte zugunsten der Garífuna-Gemeinschaften von Punta Piedra, von Triunfo de la Cruz, von San Juan und von Cayos Cochinos nicht nachgekommen ist.

Mit dem Dekret 93-2021 wurde die Praxis präventiver und summarischer Räumungen ohne gerichtliche Kontrolle oder ordentlichen Verfahrensgarantien in das honduranische Recht eingeführt. Dies stellt einen Verstoß gegen internationale Menschenrechtsverpflichtungen dar. Im August 2026 forderten Sachverständige der Sonderverfahren der Vereinten Nationen die honduranischen Behörden auf, rund 1.000 anstehende Zwangsräumungen im Zusammenhang mit Landstreitigkeiten auszusetzen.

